

II-400 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X. Gesetzgebungsperiode

15.7.1964

146/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G e i s s l e r , Dr. H a u s e r ,  
K u l h a n e k und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend Enquete vom 8.6.1964.

-.--.

Anlässlich der Enquete am 8.6.1964 hat die Österreichische Ärztekammer beim Bundesministerium für soziale Verwaltung die Zuziehung von Klinikchefs der Universitätszahnkliniken Österreichs sowie von sachkundigen Vertretern der wissenschaftlich zahnärztlichen Verbände beantragt und ersucht, dieselbe Anzahl von Delegierten wie die Dentistenkammer zu den Besprechungen einzuladen. Beide Anträge wurden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung abgelehnt. Eine diesbezügliche telegraphische Intervention der Österreichischen Ärztekammer ist unbeantwortet geblieben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e n :

- 1) Weshalb wurde den Anträgen der Österreichischen Ärztekammer nicht entsprochen?
- 2) Halten Sie, Herr Minister, eine solche Vorgangsweise im Hinblick auf die schwierige Materie, welche bei der Enquete am 8.6.1964 zur Behandlung stand, für zielführend und erfolgversprechend?
- 3) Weshalb wurde die telegraphische Intervention der Ärztekammer nicht beantwortet?

-.--.